

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag 11., Prázkano 18. • Zirkul.: 26705, 31400. • (Nachdruckkosten): 26707 • Postfachamt: 37344

12. Jahrgang.

Donnerstag, 17. März 1932

Nr. 66.

Großes Grubenunglück in Bruch.

Brand- und Explosionskatastrophe. — Acht Bergleute von der Oberwelt abgeschnitten — Rettung unwahrscheinlich.

Tepliz-Schönau, 16. März. (Eigenbericht.) Wenige Stunden nach dem bereits heute gemeldeten Grubenbrand im Falkenauer Revier, der vier Todesopfer erforderte, kam es gestern kurz vor Mitternacht auf dem Kohinoor-Schacht in Bruch in der Tiefe von 400 Metern zu einem weiteren verhängnisvollen Grubenbrand, der — wie man jetzt schon leider mit größter Wahrscheinlichkeit annehmen muß — acht bisher vermiften Bergleute, die sich aus den Rauch- und Gaschwaden im brennenden Stollen nicht mehr rechtzeitig flüchten konnten, das Leben gekostet hat, während etwa 40 Bergleute, die sich in aufopferungsvoller Weise an den Rettungs- und Sicherungsarbeiten beteiligten, sich Gas- und Rauchvergiftungen zugezogen und zum Teil ins Spital geschafft werden mußten.

Auf dem Kohinoorschacht in Bruch, dem früheren Johann I., kam es vorgestern in den Mitternachtsstunden zu einem großen Brand und mehreren Explosionen, die furchtbare Berührungen anrichteten. Der Kohinoorschacht ist eines der größten Bergwerke im Brucher Gebiet und beschäftigt früher, zu Konjunkturzeiten, 1500 und jetzt noch 1200 Bergleute. Er fördert die hochwertigste Kohle des ganzen nordwestböhmischen Braunkohlengrubegebietes, die in einer Tiefe von 380 Metern gewonnen wird.

Die erste Explosion ereignete sich in der Nacht vom 15. zum 16. März kurz nach dem Schichtwechsel um 22 Uhr 30 Minuten in einer nichtbelegten Strecke im sogenannten Ost II-Revier,

etwa unter der Straße, die von Bruch nach Oßel führt. An diesem Tage wurde nicht gefördert, weil die Betriebsleitung eine Feierschicht angeordnet hatte.

Die näheren Ursachen und Einzelheiten der furchtbaren Katastrophe, die voraussichtlich acht Bergleuten das Leben kosten wird, werden wohl nie genau aufgeklärt werden können, aber daß es einmal zu einem solchen Unglück kommen muß, war bei dem herrschenden Sparisystem beimobore voraussehen.

Die Betriebsleitung hat seit Jahren das Bestreben, die Regie durch rückwärts Loses Sparen herabzudrücken. Die Hauptsache ist, daß möglichst viel gefördert wird. Aus dieser Erwartungslust heraus wird der Sicherheitsdienst während der Feierschichten in diesem gefährdeten Schachte nicht von dafür geschulten Organen, von erfahrenen Feuerwächtern, versehen, sondern von Aufsichtorganen, die in den meisten Fällen und Plänen nicht genau vertraut sind und daher gefährdete Stellen niemals so eingehend beobachten können, wie das früher bei einem geordneten Sicherheitsdienst der Fall war.

Ueber den Verlauf der Katastrophe ist bis jetzt folgendes festgestellt worden: Der Oberhauer Nagelmüller, der in dem von der Katastrophe heimgesuchten Teil des Ost II-Reviers den Feuerwachtdienst versah, bemerkte ein Feuer, das er aber nicht mehr rechtzeitig bewältigen konnte. Er rief einige Kollegen, die ebenfalls beim Sicherheitsdienst beschäftigt waren, zu Hilfe, doch nahm das Feuer, das wahrscheinlich in einer sogenannten Kuhreute, einer besonders leicht entzündlichen Staubmasse, entstand, eine so rasche Ausdehnung, daß im weiteren Umkreis sich Kohlenoxyd- und in größeren Massen an sammeln.

Schon kurze Zeit darauf gab es eine kleine Explosion, die bald darauf zwei große folgten. In dieser Zeit befanden sich acht Bergleute an der Unglücksstelle. Die Erschütterungen waren so groß, daß Streckenverschaltungen herausgerissen wurden. Wichtige Rauchschwaden wälzten sich durch die Strecken und nahmen den acht Arbeitern jede Möglichkeit, sich in dem Dunkel zu orientieren.

Die bedrohten Bergleute flüchteten wahrscheinlich in die Pumpkammer des Reviers, von wo aus etwa um halb zwölf Uhr der Pumpenwärter Sucha telephonisch in der Kanzlei oberwärts um Hilfe und Gasmaske rief. Er verständigte die Organe oberwärts, daß solossale Rauchschwade u n d G a s e ein Entrinnen für die Bergleute unmöglich machen. Auch könne er nur sprechen, weil er die Zuleitung zum Luftkompressor geöffnet habe, um frische Luft zu bekommen. Ob er die Antwort noch hörte, ist zweifelhaft, da man kein Wort mehr vernahm.

Die Abperrungsarbeiten wurden bei den eingehenden Wetterern bald darauf in Angriff

genommen und sämtliche Reviere bis auf eines mit Holz und Ziegeln vermauert. Die acht Bergleute wurden also durch diese Abriegelung des Ost II-Reviers auch von der übrigen Grube abgeschnitten. Vermutlich erfolgten noch der Abmauerung des Reviers noch vereinzelte kleinere Explosionen von Kohlenstaub, der durch die Einführung maschineller Arbeitsmethoden in überreichem Maße entsteht und die Gefahrenquellen dieser Grube noch vermehrt. Als wenig wahrscheinlich nimmt man schlagende Wetter als Ursache der Explosionen an.

Bei den Abschließungs- und Sicherungsarbeiten wurde eine große Anzahl von Arbeitern verwendet, die bei Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit eine weitere Ausdehnung des Gefahrenherdes zu verhindern versuchten, was ihnen auch nach mühsamster Arbeit gelang. Von der ungeheuren Gefahr, die ihnen selbst drohte, und von den Schwierigkeiten zeigt die Tatsache,

daß mehr als 40 Bergleute von den Kohlenoxydgasen betäubt wurden und eine große Zahl betäublos aus der Grube gebracht wurde.

Ein Teil wurde ins Spital eingeliefert, ein anderer Teil konnte nach ärztlicher Behandlung in häusliche Pflege übergeben werden.

Es besteht leider eine Aussicht, die acht abgeschnittenen Bergarbeiter lebend zu bergen.

Man versuchte zwar vom Litvitzter Wetter-schacht des Johann II. her gegen das von der Katastrophe heimgesuchte Gebiet vorzudringen, leider vergebens. Man hat im Laufe des Nachmittags, von dem Gedanken ausgehend, daß die eingeschlossenen Bergarbeiter zu einem vom Brondberde etwa 200 Meter entfernten Lustschacht geflüchtet sind, um zu frischer Luft zu gelangen, an einem Teil eine Stode in den Schacht hinabgelassen, um sich mit ihnen verständigen zu können. Als auch das ergebnislos blieb, ließ man an einem Draht eine Grubenlampe und einen Brief hinab, um sich mit den Eingeschlossenen zu verständigen, aber ebenfalls vergeblich. Es muß daher angenommen werden, daß die acht Bergarbeiter infolge des Rauches, der Hitze und der Kohlenoxydgase sich wahrscheinlich gar nicht von dem eigentlichen Unglücksort entfernen konnten.

Es wurde auch der Gedanke erwogen, mit Hilfe eines Gaspels einen Mann, ausgerüstet mit einer Gasmaske, durch den Lustschacht in das abgeschlossene Revier hinabzulassen. Auch diese Absicht scheiterte und zwar daran, daß der Lustschacht an zahlreichen Stellen so stark vereist ist, daß eine Person gar nicht hindurch kam. Man hat offenbar auf die Freibaltung des Lustschachtes vom Eis keinen allzu großen Wert gelegt!

Unter den eingeschlossenen Bergarbeitern befindet sich auch Genosse Franz Banek aus Oberleutensdorf, 1896 geboren und Vater von zwei Kindern. Außerdem konnten bisher nicht geborgen werden: der 1897 geborene Zimmerer Karl Fritsch aus Ropdorf, Vater eines Kindes, der 1883 geborene Pumpenwärter Franz Sucha aus Bruch, der zwei, und der Oberhauer Dugo Bross, der drei Kinder zu versorgen hat; ferner der Oberhauer Josef Gruber, 40 Jahre alt, Vater von sechs unversorgten Kindern; Franz Wessely, der erst zwei Tage auf diesem Schachte arbeitete und zwei Kinder zu erhalten hatte; der 41 Jahre alte Maurer Karl Ullmann aus Ladung und der 1909 geborene in Bruch wohnhafte Grubenmaurerer Erwin Pablsky.

Die Angehörigen der eingeschlossenen Bergleute warteten während des ganzen Tages auf dem Werkschofe vergeblich auf ihre Lieben. Hunderte Menschen, vor allem die Arbeitskollegen der Abgeschlossenen, standen vor dem Schachte, immer noch hoffend, daß es gelingen wird, ihre acht Kameraden zu bergen.

Der Betrieb mußte vorerhand gänzlich eingestellt werden und es fahren nur die Rettungsmannschaften ein. Wenn, was durchaus nicht ausgeschlossen ist, noch weitere Explosionen eintreten sollten, oder durch Feuer die Schwemmersegeanlage vernichtet werden sollte, dann muß leider mit einer längeren Stilllegung des eigentlichen Förderbetriebes gerechnet werden.

Unter den Bergarbeitern herrscht über das Unglück Niedergeschlagenheit, aber auch Enttäuschung, weil von den Betriebsräten leider vergeblich die Verteilung auf die großen Gefahrenmomente, insbesondere auf die großen Staubmassen, die Explosionen auszuheben begünstigen, aufmerksamer gemacht wurde. Vielleicht hätte sich das Unglück verhindern lassen, wenn man rechtzeitig Vorkehrungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter durch Beibehaltung des früheren Sicherheits- und Feuerdienstes getroffen hätte.

Am Nachmittag trafen die Betriebsräte zu einer Sitzung zusammen, in der sie die Katastrophe, ihre Folgen für die unmittelbar betroffenen acht Bergarbeiter, ihre Angehörigen und für die übrige Belegschaft besprachen. An der Sitzung nahm Abgeordneter Genosse Pohl teil, der die Betriebsräte versicherte, daß seitens der Sozialdemokratischen Partei und der Union der Bergarbeiter alles unternommen werden wird, um den Betroffenen dieses Unglücks in ihrer Not zu helfen.

Beileid und Stellungnahme der parlamentarischen Klubs und des Parteivorstandes.

Die Nachricht von dem einschlichen Unglück lief in Prag ein, als der Parteivorstand und die beiden parlamentarischen Klubs zu einer gemeinsamen Sitzung versammelt waren.

Der Vorsitzende, Genosse Dr. Czech, brachte die Erregung und das Beileid der leitenden Körperschaften unserer Partei in einer Ansprache zum Ausdruck, in der er u. a. ausführte:

„Wir stehen noch unter dem unmittelbaren Eindruck der erschütternden Meldung. Die Einzelheiten des Unglücks kennen wir noch nicht. Aber sein Ansehen ist groß. Wir sprechen den vom Unglück Betroffenen und ihren Angehörigen die tiefste Teilnahme aus, wollen ihnen hilfreich zur Seite stehen und die zuständigen Stellen veranlassen zu einer sofortigen und ausreichenden Pflanzaktion und, soweit sich Schuldfeststellen lassen, sie zur Verantwortung zu ziehen.“

Die Sitzung sagte sodann folgende Entschliessung:

Der Parteivorstand und die parlamentarische Vertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehen ihrem tiefen Schmerze über die Katastrophe in Zvodan und Bruch Ausdruck; sie beklagen die Opfer dieser Katastrophe auf das tiefste und sprechen ihnen und ihren Hinterbliebenen ihr herzlichstes Beileid aus.

Die Häufung solcher Vorfälle zeigt, daß hier Ursachen vorhanden sein müssen, welche solche Katastrophe ermöglichen oder doch ihre Folgen vergrößern.

Wir stellen fest, daß in der letzten Zeit die Einhaltung und Ausgestaltung der bestehenden Sicherheitseinrichtungen vernachlässigt wurden, die Aufsicht vernachlässigt hat und die Unternehmer durch Abbau von Organen die ohnehin vorhandenen Gefahren wesentlich vermehrt haben.

Wir fordern die Regierung mit aller Entschiedenheit auf, sofort eine eingehende und strenge Untersuchung aller Vergabebetriebe durchzuführen und zu veranlassen, daß die bereits bestehenden Sicherheitsmaßnahmen mit aller Strenge eingehalten und, soweit dies notwendig ist, ausgebaut werden.

Genosse Pohl hat sich über Antrag der Sitzung sofort nach Bruch begeben, um nähere Informationen einzuholen und den Opfern und deren Angehörigen das tiefste Beileid des Parteivorstandes und der parlamentarischen Vertretung zu verdolmetzen.

Schutz dem Menschenleben

Noch unter dem Eindruck des schwarzen Dienstag im Falkenauer Revier erreichte uns die unter diesen Umständen noch erschütterendere Nachricht, daß wenige Stunden nach dem Unglück im Zvodauer Bergwerk eine noch schlimmere Katastrophe im nordwestböhmischen Braunkohlengrubegebiet sich ereignete. Vier Tote in Zvodan und, nach der uns am Abend vorliegenden Meldung, wahrscheinlich acht Tote in Bruch!

Unser und aller Arbeiter und Arbeiterorganisationen erstes Wort angesichts dieses doppelten Unglücks kann nichts anders sein als Ausdruck tiefsten Schmerzes über den Dingen der Proletarier, die auf dem kapitalistischen Schlachtfeld der Arbeit fielen, und des brüderlichsten Mitfühlens mit jenen, die als Angehörige um sie trauern. Was Menschlichkeit und klassenmäßige Solidarität ihnen an Hilfe schaffen kann, wird mit Selbstverständlichkeit geleistet werden.

Darüber hinaus aber fordert solches Unglück, zumal in seiner Häufung, hochnotpeinliche Untersuchung der Ursachen und unbedingte Entschlossenheit, mit der Feststellung heute schon vermuteter oder dargelegener konkreter Schuld alles vorzubehalten, um die Bergarbeiter, die auf gefährlichsten Posten Arbeitenden, durch größere Verantwortlichkeit und gewissenhaftere Vorforsung nach sozialen Gesetzen, die der Kapitalismus nicht kennt, oder zu ignorieren bestrebt, an Gesundheit und Leben zu schütten.

„Ein Unglück kommt selten allein“... Mag auch die Erfahrung, die dieses Sprichwort schuf, nicht immer und unbedingt gültig sein, so spricht aus ihm doch eine unumgängliche Erkenntnis. In diesem Fall unser Wissen darum, daß eben in dieser Welt der Hinfieren, des Profits, der Rationalisierung und der Unbestimmtheit um Proletarierleben der Gewinnkoeffizient für Aktiengesellschaften und Grubenbarone eine wichtigere Rolle spielt als der Sicherheitskoeffizient für jene Menschen, die täglich das Licht verlassen, ohne zu wissen, ob sie es je wiedersehen werden.

Noch wissen wir nicht genau den Vergang und die Ursachen der beiden Katastrophen. Aber schon steht fest, daß in Zvodan zumindest mitschuldig an der Ernte des Todes die Erparungsmaßnahmen sind, durch die die Zahl der technischen Aufsichtspersonen in den Gruben allgemehr stark herabgemindert wurde; die Vermutung liegt nahe, daß die Rettungsmannschaft zahlenmäßig nicht stark genug und auch nicht genügend ausgerüstet und ausgebildet war. Und bei dem zweiten Unglück ergab schon die erste Erhebung, daß dort die jetzt gleichfalls aus Erparungsgründen, die Feuerwache verlebenden Aufsichtspersonen jene Schulung nicht besitzen, die die frühere sogenannte Feuerwache besaß. Auch liegt heute schon klar zu Tage, daß man in sträflichem, ja verbrecherischen Leichtsinne den ungeheuren Massen angefallenen Kohlenstaub, der durch den Brand in Explosion geriet, nicht genügend Beachtung schenkte.

Der Parteivorstand und unsere parlamentarischen Vertretungen haben bereits in Kundgebungen (die wir an anderer Stelle veröffentlichten) auf diese Schuldmomente hingewiesen und strengste Untersuchung gefordert. Es wird alles daran gesetzt werden müssen, daß sie tatsächlich durchgeföhrt werde und daß ihre Ergebnisse dazu verwendet werden, um Wandel auf den Schächten in der ganzen Republik herbeizuföhren. Interesse daran haben freilich nur die Arbeiter — das Interesse der anderen geht dahin, wie immer, solche Fälle so rasch wie möglich in der Öffentlichkeit vergessen zu lassen, sich um jede Verantwortung zu drücken, und auch um die Pflicht, Wiederholungen hintanzuhalten. Die Herren Kohlenmagnaten

Haben sich von der Sorge um Leben und Gesundheit der Bergarbeiter noch nie bedrückt gefühlt und werden, wenn sie nicht dazu gezwungen werden, auch hinsichtlich der beiden Katastrophen vom letzten Dienstag möglichst allen „Unannehmlichkeiten“ auszuweichen suchen, als deren fühlbarste ihnen ja doch nur die Geldaufwendung erscheint, die mit der Einsetzung besserer Schutz- und Rettungsmassnahmen verbunden wäre. Für sie hat nur eine Parole Zugkraft: Sparen, sparen und wieder sparen. Natürlich nicht etwa am Luxus der eigenen Lebensweise, sondern bei jedem Schritt zur Sicherung und Besserung des Lebens der Grubenknecht! Steht es heute darum schlechter denn je, so fällt das gewiß zu großem Teil auf das Konto der Rationalisierung, deren Schattenseiten nur die Arbeit im kapitalistischen System und unter kapitalistischen Methoden zu spüren bekommen.

Dann aber gibt es, bei allen Unfällen, nicht nur im Schacht, sondern überhaupt in gefährlichen Betrieben, noch ein Unwägbares, nie zu Erhebendes, nie Feststellbares, das nichtsdestoweniger Ursache unzähliger und unzählbarer Einzel- und Massenkatastrophen ist: nämlich ganz allgemein die elende Lebenshaltung, die schlechte soziale und körperliche Verfassung der arbeitenden Menschen. Die Hungerlöhne, die jetzt im Bergbau bezahlt werden, die mit schlechtem Verdienst — und oftmals zeitweiser Arbeitslosigkeit! — ständig sinkende Schaffenslust und Schaffenskraft, die Sorge um das tägliche Brot, die Schwächung der Muskeln und Nerven, die durch all das bedingte geringere Aufmerksamkeit und Aufnahmefähigkeit ist sicherlich bei einem Großteil aller Betriebsunfälle ebenfalls in Rechnung zu setzen wie die weitere logische Folge, daß solche, auf jede geschwächte Widerstandskraft dem Tod die Arbeit leichter macht.

Alle diese Erwägungen münden darin, daß der Kampf der Bergarbeiter um Erhaltung des jetzigen elenden Lohnniveaus — da ihnen die Wirtschaftslage schon keine Aufbesserung der Bezüge möglich macht, — letzten Endes nicht nur Kampf um erträgliche Lebenshaltung, sondern um das Leben selber ist. Abgesehen davon aber ist die Forderung nach völlig ausreichenden, das Höchste an Vorbeuge- und an Sicherheit gewährleistenden Einrichtungen auf den Gruben ein bedingungsloser von keinerlei Augenblicksverhältnissen der Gesamtwirtschaft oder des einzelnen Unternehmens abhängiger Imperativ. Und da es eben für den Privatkapitalismus außer dem des Verdienen keinen Imperativ gibt, so hat sich ihm umso selbstverständlicher der Staat zu unterwerfen, von dem wir nunmehr energischer Eingreifen nicht nur in den vom Unglück betroffenen, sondern in sämtlichen Gruben der Republik fordern und erwarten. Die gültigen Gesetze, die selbst jede unerwünschte Beförderung, Schädigung oder gar Vernichtung menschlichen Lebens ahnden, müssen umso rücksichtsloser in Kraft treten, wo es sich um Verstoß gegen oder Verbrechen an Menschenleben handelt, die so in Ausübung gesell-

schaftlicher Arbeit ruiniert und gemordet werden. Daß in Jindöu und Bruch zumindest teilweise schuldhaftige Tötung vorliegt, steht für uns außer Frage. Deshalb erachten wir Gericht, Zühne und radikales Vorbeugen für

Gegen die planmäßige agrarische Sabotage.

Scharfer Vorstoß der tschechischen Genossen.

Prag, 16. März. Der Abgeordnetensklub der tschechischen Sozialdemokraten beschloß heute eine Resolution, die sich in äußerst scharfem Ton gegen die Sabotage der tschechischen Agrarier an dem von sozialdemokratischer Seite bereits vor geraumer Zeit vorgeschlagenen Krisenprogramm wendet. Es heißt darin:
„Der Klub spricht sein Bedauern aus, daß das Abgeordnetenhaus schon durch drei Monate nicht tagte, und das in einer Zeit, wo die Wirtschaftskrise derart tief in das Leben der drei Bevölkerungsschichten eingreift. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie hat bereits in der Verhinderung der Öffentlichkeit einen detaillierten Plan vorgelegt, wie der Krise zu steuern und ihre Folgen zu mildern wären.“

Wir haben ein Programm für öffentliche Investitionsarbeiten ausgearbeitet, die zweckmäßig auf die von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffenen Gebiete aufzustellen wären, und haben aufgezeigt, wie vor allem die Mittel für die Durchführung dieser Investitionen beschafft werden sollen. Wir haben aufmerksam gemacht auf wichtige Quellen für neue öffentliche Einnahmen, namentlich auf die Notwendigkeit der Beitragleistung der Unternehmer zu dem Fonds für Arbeitslose und von Maßnahmen gegen Steuerflucht, und haben namentlich die Notwendigkeit betont, daß die Selbstverwaltungsverbände nicht in ihrem jetzigen Elend belassen werden dürfen, weil gerade sie berufen sind, den unmittelbaren Anstoß der Wirtschaftskrise auszuhalten. Wir haben ferner ein Programm für die Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung entworfen. Wir haben auf die Regelung der öffentlichen Arbeitsvermittlung gedrängt, ohne die die Arbeitslosigkeit nicht planmäßig bekämpft läßt. Wir haben der Öffentlichkeit einen Gesetzentwurf über die Arbeitsgeheimhaltung vorgelegt, um die

Arbeitsgeheimhaltung zweckmäßiger zu verteidigen. Wir waren uns dessen bewußt, daß eine besondere Härte jenen Gebieten zugewendet werden muß, in denen die Arbeiterschaft härtere Organisationen nicht besitzt, der Ostmoravien und Karpatenregion, wo das einseitige Regime der Agrarpartei unmögliche Verhältnisse geschaffen hat. Wir haben auf die Regelung des Verhältnisses zu den Nachbarstaaten und namentlich auf den beschleunigten Abschluß der Handelsverträge mit Ungarn und Oesterreich gedrängt.

Wir haben durch unsere Initiativvorschläge die Grundlage für eine ausgedehnte und allseitige Aktion geschaffen, von deren Verwirklichung sich erwarten ließ, daß die Krise, soweit es in den Kräften des jungen Staates steht, eingeschränkt werden wird.
In der Zeit, in der das Parlament nicht tagte, drängten unsere Vertreter in der Regierung auf die Durchführung dieses Programms. Ihre Bemühungen hatten keinen Erfolg, weil sie an dem absoluten Widerstand der Agrarpartei scheiterten, die jede Arbeit vereitelte, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß sie dadurch freiwillig auch die Verwirklichung der Lebensnotwendigkeiten des Landvolkes vereitelt, daß sie unserer gesamten Wirtschaft und dem Staate damit schwere Wunden schlägt und daß sie sowohl unter dem Staatsansehen wie auch in allen übrigen Schichten unseres Volkes Besorgnis um die nackte Existenz herbeirufen muß.

Für diese Untätigkeit, zu der die führende Partei die Regierung und damit auch die gesetzgebenden Körperschaften verurteilt, übernehmen wir nicht die Verantwortung und konstatieren dies öffentlich!

nicht ausgewichen und habe die Vorlage in sachlicher und formaler Beziehung so geändert, daß dieses Werk die aufgewandte Arbeit wert sei. Er bespricht dann die wichtigsten Änderungen und hebt hervor, daß der Ausschuss auch die Frage der Inkompatibilität positiv durch eine Vereinbarung gelöst habe, worin er eine große moralische Stärkung des Parlamentes erblickt.
Für den Budgetausschuss referierte der tschechische Genosse Chalupa. Er begrüßt es, daß, wie die Vorlage zeigt, heute das öffentliche Interesse ein Ubergewicht über private Interessen erhält. Die Einschuldung des Staates, die in der Vorlage zu beobachten ist, sei allerdings noch lange keine Wirtschaftsdemokratie; vielleicht ein erster Anfang zum Staatskapitalismus, eine Wirtschaftsform, in der das privatkapitalistische Unternehmertum durch einen staatlichen Eingriff beschränkt, bzw. geleitet werde. Leider habe heute die Staatshilfe an erster und erst als Gegenleistung hierfür die Stärkung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft an zweiter Stelle.

Die Bankenvorlage im Plenum.

Prag, 16. März. Nach mehr als einmonatiger Pause trat heute das Parlament in der Beratung der Bankenvorlage zusammen, die nun schon seit Weihnachten der alleinige Mittelpunkt des gesamten parlamentarischen Lebens ist, sehr zum Nachteil der sonstigen weit wichtigeren Aufgaben, die das Parlament bezüglich der Krisenbekämpfung schon längst hätte erfüllen müssen. In dieser Richtung wird hoffentlich die — an anderer Stelle veröffentlichte — energische Rundgebung der tschechischen Genossen, die sich die tschechischen Agrarier kaum hinter den Spiegel stecken werden, ihre Wirkung nicht verfehlen.

Eingangs der Sitzung hielt Malypetr dem verstorbenen Dr. Hudek einen herzlichsten Nachruf, worauf dessen Nachfolger, Mg. Jafcky die Angelobung leistete.
Ueber die Bankenvorlage referierte dann sehr ausführlich für den verfassungsmäßigen Ausschuss Dr. Cerny.
Er erklärte u. a., der Ausschuss sei bei der Behandlung der Vorlage auch den heikelsten Fragen

Stahlhelm resigniert.

Berlin, 16. März. In einer Stellungnahme des offiziellen Pressedienstes des „Stahlhelm“ wird zum Ergebnis der Reichspräsidentenwahl u. a. erklärt: Der Reichspräsident von Hindenburg hat am 13. d. M. 18,5 Millionen Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht. Ein zweiter Wahlgang könnte kein anderes Ergebnis zeitigen. Wenn eine Möglichkeit besteht, um die Formalität des zweiten Wahlganges herumzukommen, so haben wir nichts dagegen einzuwenden. Der Entschluß, sich keiner nationalsozialistischen Diktatur zu unterwerfen, bleibt richtunggebend bestehen.

Dung leitete seine Rede sehr geschickt mit dem Hinweis auf die tatsächliche lächerliche Unterdrückung ein, deren sich einige tschechische Blätter bei der Darstellung der hakenkreuzerischen Goldkammerpartei schuldig macht, und kopierte dann sichtlich Adolf den Großen, wie er seinerzeit vor Gericht die Logik seiner Partei feierlich beantwortete: Die S. W. Leute hätten weder in Deutschland, noch bei und die Aufgabe, einen Umsturz herbeizuführen, und stramm zu marschieren bedeuete noch keine militärische Organisation. Die diesige Partei habe weder organisatorisch, noch politisch mit der reichsdeutschen zusammen, sondern sei völlig selbstständig und ihr nur durch die gleiche Weltanschauung verbunden. Schlimmstenfalls könne es sich nur um eine Verletzung des Vereinsgesetzes handeln. Um die allnationale Koalition zustande zu bringen, solle der Feldzug gegen die Hakenkreuzer dienen; ein weiterer Grund für das Einschreiten sei die „Furcht“ vor der Entwidmung in Deutschland. Er forderte, daß der Prozeß nicht in Prag stattfinden, und bringt dann zum Schluß ein paar versteckte Drohungen an, die „Revolutionierung“ der Massen durch solches Vorgehen nicht etwa zu beschleunigen, wobei ihm Krebs mit dem Zwischenruf sekundiert, daß bis jetzt noch keine deutsche Waffia bestanden habe, aber nach dem Prozeß, da könne man nie nicht wissen ...

Kurz, die ganze Rede des großen „Führers“ war so zahn und vorichtig, wie man es sonst von den Herrschenden wirklich nicht gewohnt ist. Hären sie vorher zu ihrem hoffnungsreichen Wachstum, dem jetzt gerichtliche Verfolgung droht, auch so abgeklart und zahn gesprochen. So sähen diese Leute heute bestimmt nicht vor Gericht, sondern wären die loyalsten Staatsbürger, die man sich denken kann. Aber durch schöne Worte über „Selbstverwaltung“ und „Mitteleuropa“, die heute Dung als die Hauptpfeiler der Politik seiner Partei hinstelle, hätte Herr Krebs wohl kaum die romantisch veranlagten Studenten zu solcher Begeisterung für das Hakenkreuz entfacht; da dürfen wohl doch andere, kammere, aber auch unverantwortlichere Worte mehr genug gefallen sein.

Es kam dann noch Dr. Stranzky (tsch. Nat.-Soz.) zu Wort, der sich u. a. gegen die Diskontpolitik der Nationalbank in derart scharfen Redewendungen ergoß, daß man fast an die Zeit erinnert wird, als vor zehn und mehr Jahren seine jetzige Partei in schärfster Form für die Sozialisierung der Gruben eintrat.
In der morgigen Sitzung, die um 10 Uhr beginnt, wird als erster Redner Genosse Schwiechardt zu Wort kommen.

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wöhric
(Verlag „Der Volkswort“, S. M. L. S., Berlin 63, S. 1.)

Die Feder stößt in der Hand des Schreibenden; keine Gedanken sind unermittelt abgelenkt; etwas Fremdes drängt sich ein in seine Seele; ihm ist, als höre er von irgendwoher seinen Namen rufen.
Er lauscht. Nichts in der Arche regt sich; nur auf den Bassen draußen töst noch immer Satans Gebrüll.
Petz steht auf, die Feder in der Hand, und durchschreitet einige Male das Zimmer. Doch seine Unruhe wird nicht kleiner; im Gegenteil, je mehr er sich müht, sie zu unterdrücken, desto mehr schwilt sie an und quillt sie.

Wignunzig legt Petz den Hantschel hin.
Er ist gewohnt, alle Dinge, auch diejenigen, die aus dem Gemüte kommen, mit dem Verstand zu ordnen, er ist ihnen in sich selber Raum läßt. In seiner Seele soll nichts Wirres, nichts Dunkles, nichts Ungeläutes sein. Für den Augenblick verlor seine Methode. Er wird des Angingefühls, das drängender und zwingender sein Herz befreit, nicht Meister. Er weiß nicht, was es bedeutet. Nur Vergleiche kann er ziehen: ihm ist jammert, als schritt er irgendeinem Unterhalt entgegen, als lauere eine unbekannte Gefahr auf ihn. Da, er spürt es, sie ist ganz nahe! Sein Herz zuckt auf wie eine Wimschelrute, wenn sie auf die Rutung trifft! Doch, hat es Zweck, sich von einer dunklen, unbestimmten Furcht schrecken zu lassen? Nein, ein Christ acht entscheidend auf die Geister los, die sich melden!
Petz stößt die Tür zum Saal auf.
Nichts ist da als vier Streifen gedrohenen Monchs, welche die an der Rotmünd aufgebängten Brannen und Wassen bogleichen. Der große Tisch ist da mit Bechern und Kannen,

Brotrumen und Resten verschütteten Weins, und mitten auf dem Tisch eine Raitte, aufgeteilt in Blau und Silber, die aber gar keine Biene macht, dabonzuspringen und in ihr Rattenloch zu hupfen, sondern die sich auf die Hinterfüße stellt, einen Ranz in den mauchhaft hochgehobenen Pfoten, und behend wandernden Auges die Ansicht des späten Besuches erkundet. Ihre Schnauzenhaare sind glänzender Silberdraht.
Nein, hier sitzt die Gefahr nicht. So behutsam als möglich macht Petz die Türe zu, um die Schmaufern nicht zu erschrecken.
Er durchspäht die Küche — nichts. Er durchstreift den Keller, tastet sich durch den Schacht hinüber in den geheimen Saal — nichts. Er schnuppert alle Winkel aus wie ein Hund, der Witterung nimmt — vergeblich. Doch, als er vorschleicht gegen die Haustüre, da meldet sich dieses unangenehm zuckende Gefühl wieder, dieser Schlag ins Herz aus dem Unsichtbaren. Gleichzeitig jagt ihm ein Kälteschauer den Rücken hinunter und macht ihm sofort wieder siedendheiß. Ah, dieser jähre Schauer reiht ihm ebenso röh die Binde von den Augen! Petz weiß plötzlich, was dieses rasende Durcheinander von Frost und Hitze bedeutet. In den Jahren der Aske und der Abtötung seines Körpers hat er gelernt, auf die Sprache eines jeden Nervens zu achten. Was er jetzt über seinen Rücken rieseln spürt, heißt Blut ...
Fünf Minuten später hat er den auf der Staffei zusammengedrohenen Ritter ins Haus hineingezogen und die schwere Last in die Küche geschleppt. Er versucht, den Ohnmächtigen auf die Herdbank zu legen. Es gelingt ihm nicht; jedesmal wenn er glaubt, es geschafft zu haben, sinkt der Ritter wieder rasselnd in sich zusammen. Es bleibt Petz nichts übrig, als ihn auf dem Estrich liegenzulassen und Licht zu holen.
Als er aus der Kammer wiederkommt und Zizla ins Gesicht leuchtet, erschrickt er so, daß ihm der Wochstock aus den Fingern knallt.

Das ist ja kein Gesicht mehr, was da aus dem schwarzen Ranzer herauskommt, das ist ein einziges Stück zerrissenes, blutiges Fleisch.
Petz wird schloch; dabei, die Aue reiten unter ihm weg.
Er er an die Wand fällt, vermag er gerade noch zu schreien: „Luzia!“
Das ist das Letzte, was er von der Welt vernimmt, seine eigene Stimme, dann schwinden ihm die Sinne.
Luzia liegt, als Petz Schrei sie erreicht, in jenem Reich zwischen Traum und Tod, wie es in seiner unaussprechbaren verborgenen Herrlichkeit wohl nur die Seelen junger Mädchen kennen.
Es gibt ja nur eines, um das Gefühl und Gedanken eines aufblühenden Weibes kreist; aber dieses Eine nimmt so viele Verhüllungen an, gefüllt sich vor sich selber in so vielen Schwelungen und Verrentungen, daß in der jungen Seele ein Durcheinander ist, als seien die Josen und Einfälle des ganzen Universums zu Gaste. In Wirklichkeit ist es immer nur die Zentralidee, Gottes Anhang, die Liebe. Liebe ist Wunder, und Liebe wartet auf Wunder, und wo Wunder sich nicht einstellen, schafft die Liebe sich diese selber.
Ist es nicht ein Wunder, kleine, feilstirnige Luzia, daß heute dieser fremde Ritter kam, daß er seinen Blick auf dich schlug wie einen Mantel, dessen erregende Wärme du noch jetzt in jeder Pore spürst?
Doch! Liebe wartet auf Erfüllung.
Nicht im schwarzen Boden will die Blume bleiben, nein, lebenshungrig drängt sie sich aus der Wurzel hinauf ins Licht, Stein und Scholle lyvengend, um ihren Duft gegen der Sonne Strahl zu tanzen.
Zizla, Ritter, daß du es weißt, jeder Schlag in Luzias Herz drängt deiner Kraft und deiner Mannesmacht zu. Sie mag es sich vielleicht nicht eingelassen, zu mächtig noch arbeitet und

stutet die Scham. Aber schon hat sie das Mittel gefunden, Ritter, dir nahe zu sein. Sie erweckt sich Katels Stimmen wieder, der ihr heute mit seiner hellen Knabenschelle dein Lob sang. Sie wiederholt sich jeden Satz, jede Wendung seines Hymnus. Ja, sie geht darüber hinaus und bildet mutwillige, übermütige Sätze, die kein Katel sprach, die nur Gedichtung ihres sich schneidenden, verliebten Herzens sind.
Katel hat ihr einmal von dem Goldschatz erzählt, den die wilde Wassa im Wald von Schibornitz begrub, ehe sie sich ins Todesschwert stürzte. Ein Schatz und Reichum schier unermesslich, der heute noch ungesunden liegt und den zu heben nur einer reinen Jungfrau gelänge. Luzia hat damals auf Katels Frage, was sie mit dem vielen Gelde anfangen würde, keine Antwort gewußt. Heute wüßte sie die. Oh, in diesen Stunden, seit der Ritter in ihr Leben trat, hat sie sich ihren Plan zurechtgelegt! Reider würde sie sich kaufen und sich schön machen damit. Schreiben würde sie lernen und lesen und so reden, daß sie nirgendwo ansköht. Zum Vergnügen würde sie geben und lernen, wie man sich in Büchlein zum Tanz reist. Doch dies alles nicht ihretwegen, sondern einzig darum, ihm zu gefallen, für ihn zu blühen, zu glänzen, schön und begehrtlich zu sein. Und dann? Es überprüft sie aus dem innersten Herzen heraus, wenn sie an dieses „dann“ denkt. Dann wird sie alles daransetzen, ihren geliebten Bären zum Sprechen zu bringen. Das heißt, er braucht gar nicht zu sprechen. Das Gefährliche: „Luzia, ich liebe dich!“ darf er ruhig in seinem braunen Halse beholten. Für genügt, wenn er brummt und sie in seine Lage nimmt, daß sie meint, der Atem bleibe ihr stehen und es sage ihr das Herz auseinander! Und dann? Dann wird sie ihm mit aller Bist den Ring so weit durch die Beknase ziehen, daß sie ihn zu Pfaff und Kirche führen kann. (Fortsetzung folgt.)

Abchluss der Debatte im Wehrausschuss.

Der Wehrausschuss des Abgeordnetenhauses beendete heute die Debatte über verschiedene aktuelle Armeefragen, die sich an ein vor längerer Zeit erfolgtes Exposé des Verteidigungsministers angeschlossen hatte. Von unserer Fraktion sprach heute

Genosse Müller.

Er vertritt sich von der Forderung des Schwerebewehrtes keine große Wirkung. Die Sonderstellung der Chargin, die Einschätzung des "gemeinen" Soldaten als Mensch und Bürger, die wirkt sich letzten Endes in der Behandlung des einjährigen Soldaten mit all ihren schlimmen Folgen aus. Die Auswahl der Chargin dürfte daher nicht nur nach der "Strammheit" im Dienst, sondern nach pädagogisch-menschlichen Gesichtspunkten erfolgen. Schlimmstenfalls erhält so ein Soldatenschilder aber doch nur eine bedingte Strafe. Diese Leute gehören vor die ordentlichen Gerichte; nötigenfalls wäre die Verhinderung zum Schadenersatz an die geschädigten Soldaten ein wirksames Vorbeugungsmittel. Redner weist auf die zahlreichen Fälle, wo die gegünstigsten Soldaten schließlich eine Subordinationsverletzung begehen und in den Kerker wandern, wobei eigentlich ihre Feinde gehören. Die Zivilkommissäre bzw. die Parlamentarierkommissionen müssen weitgehende Rechte und Vollmachten sowie ungehinderten Zutritt in die Kasernen haben.

Genosse Müller wendet sich dann dagegen, dass man Generale, die förmliche Kriegsreden halten, zur Belohnung nach noch Genz zur Abrüstungskonferenz schickt, und erklärt: es für unbegreiflich, dass Minister Bischoffs immer wieder neue Ausflüchte sucht und findet, um die von uns geforderte Dienstzeitverlängerung hinauszuschieben. Ein eventuelles Funktion mit der vormaligen Erziehung, die wir stets schärfstens bekämpfen werden, lehnen wir jedoch entschieden ab. Die diesbezüglichen sonstigen Verknüpfungen der kommunikativen Presse müssen wir schärfstens zurückweisen; wir sind auch weiterhin gegen jedwede Form der Kriegserziehung der Jugend. Sollte ein Sportpflichtgesetz vorgelegt werden, so ist jeder Einfluss der Verteidigungsministerien auszuschalten. Redner führt weiter Bekämpfer darüber, dass die vorgelegenen Militärdienstleistungen für Sportler nicht bewilligt werden, und dass der Staat überhaupt die Entwicklung des Sports durch Steuern und allerhand Schikanen nur hemmt, statt sie zu fördern. Davon können namentlich unsere Arbeitssportler ein Lied singen.

Abschließend präzisiert Müller nochmals unsere Forderungen nach Dienstzeitverlängerung, Herabsetzung der Militärlasten und nach einem endlichen Anfang mit der Abrüstung; die so oft zitierte "Sicherheit" des Staates muß auf andere Weise erreicht werden als durch militärische Erziehung. Geht allen Staatsbürgern eine Existenzmöglichkeit, bekämpft Hunger und Not, geht den Nationen Entwicklungsmöglichkeit, Freiheit und Demokratie, das wäre eine viel stärkere "Sicherheit" als Waffen, Militär und Gewalt!

In einem Schlusswort reagierte Minister Bischoffs auf die Debatte.

Er verteidigt sich zu der Behauptung, dass gerade die „nerböse“ Kritik der Öffentlichkeit bezüglich der Soldatenbeschwerden auf die Soldaten ungünstig gewirkt und so vielleicht dazu beigetragen habe, die psychische Anfechtungsgefahr zu vergrößern; unter Hinweis auf die bekannten Maßnahmen, die die Militärverwaltung in der letzten Zeit getroffen hat, gibt er der Erwartung Ausdruck, dass diese zu positiven Erfolgen in der Bekämpfung der Soldatenbeschwerden führen werden.

Dann beschäftigte sich Bischoffs mit der Abrüstungskonferenz, wobei er wieder, wie kürzlich im Senat, die ganz unbegreiflichen und unverantwortlichen Phrasen von unserer „jungen“ Armee wiederholte, die erst im Aufbau begriffen sei und an der insoweit nicht viel geklappt werden dürfe. Zum so und so vielfach wiederholte er den Ausspruch auch seines „guten“ Willens, die Dienstzeit zu verkürzen. Auf dem Generalschaubrett würden wir herzlich spielen, aber wir müßten „bedachtam“ vorgehen, um nicht unsere „Sicherheit“ ohne zuverlässige Garantien aufs Spiel zu setzen; man werde in Etappen und nicht übereilt vorgehen müssen usw.

Auch bezüglich der Sparmaßnahmen in seinem Ressort verwies er auf seine kürzlichen Erklärungen im Senat und zog sich u. a. auf die schöne These zurück, dass auch die Armee leben müsse, und nicht vegetieren dürfe, und dass hier „Blinde“ Sparmaßnahme sehr gefährlich werden könnte.

Die Erklärungen Bischoffs wurden schließlich zur Kenntnis genommen. Das Subkomitee zur Erforschung der Ursachen der Soldatenbeschwerden wird mit der Kommission im Verteidigungsministerium gleich nach Ostern in Tätigkeit treten.

Der strittige § 31 des Sprengelbürgerfchulgesetzes.

Im Kulturausschuss wurde im Beisein des Schulministers nach längerer Unterbrechung neuerdings die Aussprache über den strittigen § 31 der Vorlage über die Sprengelbürgerfchulgesetz, der die Aufstellung der Klassen auf die beteiligten Schulgemeinden regeln soll, fortgesetzt. Minister Dr. Dörrer erklärte, dass es im Ministerrat bisher zu keiner Entscheidung über eine eventuelle Verbesserung des § 31 gekommen sei, und ersuchte, bis dahin

die Abstimmung über diesen Paragraphen zu vertagen. Er betonte die Dringlichkeit dieser Vorlage, vor der die Forderung nach weiteren Änderungen zurücktreten müßten. Nach längerer Debatte nahm der Ausschuss den Antrag des Referenten auf Aussetzung der Abstimmung über § 31 bis zur Lösung der Frage innerhalb der Regierung, bzw. der Koalition an.

Keine Aufhebung der Brünner deutschen Technik.

An den Minister wurden dann zahlreiche Anfragen gerichtet. In seiner Antwort betonte er u. a. neuerdings, dass das Ministerium überhaupt nicht an die Aufhebung irgendeiner Hochschule, also auch nicht der deutschen Technik in Brunn, denke. Er versicherte weiters, dass er angeordnet habe, dass die vom Militärdienst zurückkehrenden Lehrer, soweit nur irgend möglich, sofort wieder angestellt werden.

Interpellation unserer Abgeordneten wegen der Grubenkatastrophen.

Die Abgeordneten Bohl, Kremser, Kay und Genossen brachten wegen der Bergbaukatastrophen in Zwodau und Bruch folgende Interpellation an den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten ein:

Auf dem Mariabühl und Matthiasdorf in Zwodau und auf dem Johann I-Schacht in Bruch fanden unmitelbar hintereinander Katastrophen statt, welche Opfer an Menschenleben forderten. Ueber die Ursachen der Katastrophen auf dem Johann I-Schacht liegen derzeit noch keine genaueren Nachrichten vor. Ganz unglücklich ist es

aber, daß in Zwodau Angehörige der Rettungsmannschaft ihre Tätigkeit mit dem Leben bezahlten. Das läßt darauf schließen, daß entweder die Rettungsapparate nicht gehörig funktionierten oder daß die Rettungsmannschaften über den Gebrauch der Apparate nicht informiert waren und die Verwendung nicht genügend eingeübt hatten.

Wir stellen fest, daß seitens der Unternehmung die Rettungsmannschaften im Gebrauch der Verwendung nicht eingeübt wurden und nur so vor es möglich, daß die Mitglieder der Rettungsmannschaften schon nach kurzer Zeit durch Brandgas getötet wurden.

Es hat aber den Anschein, daß die Revierbergämter in der Liebertschachtung und Ausgestaltung der Sicherheitsmaßnahmen versagt haben.

Wir fordern daher in erster Linie strengste Untersuchung über die Ursachen der beiden Katastrophen, dann aber unverzügliche Revision der bei allen Bergbaubetrieben bestehenden Sicherheitsmaßnahmen.

Wir fragen den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten:

- 1. Ist er bereit, unverzüglich, spätestens aber binnen 14 Tagen dem Abgeordnetenhaus über das Resultat der Untersuchung der Ursachen der Bergbaukatastrophen in Zwodau und Bruch zu berichten?
- 2. Welche Vorkehrungen hat er getroffen, um deraartige Katastrophen in Zukunft zu verhindern oder wenigstens auf das mindeste Maß einzuschränken?

Wirkliche Abrüstung im sozialdemokratisch regierten Dänemark!

Kopenhagen, 16. März. Die Vorlage zur

Reinigung des Landesverteidigungswesens, die mit den Stimmen der Regierungsparteien und der gemäßigten Linken gegen die Konservativen durchgeführt werden wird, basiert auf dem Normalbudget von 24 Millionen Kronen. Hierin sind die Ausgaben für Anschaffung und Erneuerung von Kriegsmaterial einbezogen. Der Generalfstab wird dem Generalkommando unterstellt. Die Truppenabteilungen werden in zwei Divisionen zusammengefasst. Der Landsturm wird abgeschafft. Es sollen alljährlich 8000 Mann einberufen werden, außerdem sollen 2000 Mann sogenannter Garnisonstruppen einberufen werden. Diese Garnisonstruppen, die auf Grund freiwilligen Eintritts ausgebracht werden sollen, sind dazu bestimmt, den größten Teil des Nach- und Arbeitsdienstes zu übernehmen. Die Infanterie wird in acht Regimenter eingeteilt. Die Ausbildungszeit beträgt fünf

Monate. Die Zahl der Unteroffiziere und Offizierschüler wird von zehn auf zwölf Prozent erhöht. Die Zahl der aktiven und Reservoffiziere wird stark eingeschränkt. Die Reserveoffiziere werden abgestuft mit Ausnahme desjenigen der Leibgarde.

Die Bestimmungen über die Marine besagen u. a., daß die drei jetzt vorhandenen Panzerschiffe in kampffähigem Zustande gehalten, aber nicht erneuert werden sollen. Kurzgeleiste drei Schiffe und anderem älteren Schiffsmaterial wird die Flotte sechzehn Torpedos und Unterseeboote, ein Minenschiff und ein Hilfsfahrzeug umfassen. Die Marinemannschaften sollen hauptsächlich aus Freiwilligen rekrutiert werden, doch kann auch Zwangsseinberufung erfolgen. Die Ausbildung dauert vier bis zehn Monate. Das Budget des Marineministeriums beträgt 11,5 Millionen Kronen jährlich (rund fünf Prozent des Brutto).

Blutige Zusammenstöße in Polen.

Polizei schießt in Krakau und anderswo gegen Streikende.

Warschau, 16. März. Der Generalstreik der Arbeiter in Polen, der im allgemeinen einen ruhigen Verlauf nahm, führte heute in den Nachmittagsstunden in mehreren Ortschaften Polens zu schweren Zusammenstößen, welche mehrere Tote und Verletzte zur Folge hatten.

In der Ortschaft Szymbark (Poznan) veranlaßten die Streikenden trotz des Verbotes der Polizei einen Umzug. Die Polizei versuchte die Demonstranten zu zerstreuen. Als aus den Reihen der Demonstranten angeblich einige Revolvergeschosse fielen, gab die Polizei eine Gewehrsalve ab. Drei Demonstranten wurden getötet und sechs teils schwer und leicht verletzt.

In Krakau demonstrierten 8000 Arbeiter vor dem sozialistischen Arbeiterheim. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch, wobei ein 16jähriger Arbeiter getötet wurde. Bei dem Zusammenstoß wurden angeblich 21 Polizisten verletzt. In Krakau und in Bielsko nahm die Polizei zahlreiche Verhaftungen unter den sozialistischen Führern vor, die die Streikendemonstrationen der Streikenden leiteten.

Auch in Larnow kam es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei, wobei ein Demonstrant schwer verletzt wurde.

Starhemberg wegen teiner Schulden unter Familienratel.

Wien, 16. März. (Eigenbericht.) Vor einigen Tagen hieß es, daß Starhemberg wegen einer Mandatenzfindung seine Vermögensverwaltungstätigkeit aufgeben mußte. Jetzt berichtet das landbühlerische „Extrablatt“, das sei nur eine Ausrede. In Wirklichkeit sei es in den letzten Tagen zu einem Familienratel der Familie Starhemberg in Linz gekommen, der sich mit den auf mehrere Millionen Schilling angewachsenen Verbindlichkeiten des Majorats Herrn beschloß, die abzuschließen haben soll, daß zur weiteren Führung der Vermögensangelegenheiten und zur Sanierung ein eigener Verwalter eingesetzt werden soll und Starhemberg sich nach Tirol zurückziehen müsse. Zugleich sei ein Privatbankier in Wien mit dem Arrangement der vielen in Wien anhängenden Wechsel des fürstlichen Herrn, die sich durchwegs in arischen Händen befinden, betraut worden.

Böhmische Landesvertretung.

Prag, 16. März. Mit anerkannter Schnelligkeit reagierte Vizepräsident Strom zu Beginn der heutigen Sitzung auf die getriebene Mitteilung des Gen. Strauß über die Schulbauangelegenheit in Komotan. Als Ergebnis der vorläufigen Erhebungen teilte er mit:

Der Ortsfchulrat in Komotan ersuchte die bei der Landesbehörde neuerrichtete Beratungsstelle für Schulbauten um Rasterpläne für den Bau einer Schule. Die Beratungsstelle teilte ihm mit, daß sie derzeit noch keine Rasterpläne hat, daß die Pläne der Ortsfchulrat sich selbst anzuschaffen hat, daß die Beratungsstelle aber bereit sei, die ihr vorgelegten Pläne zu begutachten, was besonders notwendig sei, falls der Ortsfchulrat um eine Staats- oder Landessubvention für den Bau anfragen will.

Hievon hat Ing. Fleischmann, der als Vertretungsmitglied in der 28. Abteilung der Landesbehörde angestellt ist, erfahren und hat dem Ortsfchulrat seine Dienste angetragen. Es war bis jetzt noch nicht möglich, den genannten Beamten zu verkönnen, die Sache eingehender zu erheben und um so weniger aus derselben Folgen zu ziehen.

Der Rest der Tagesordnung dieser Session wurde in der heutigen Sitzung erledigt.

Zur Frage der sogenannten Sanierungsanleihen an Bezirke und Gemeinden wies Genosse Dr. Strauß darauf hin, daß das Gesetz 169/1920 den Bezirken und Gemeinden die Möglichkeit gibt, die fehlenden Beträge, auf die sie aus dem Ausgleichsfonds Anspruch hatten, aber nicht bekommen, im Anleihenwege zu erhalten. Tatsächlich bekommen aber die Gemeinden und Bezirke diese Anleihen von den Kreditinstituten nicht, weil das Band die Garantie für die Zinszahlung nicht übernimmt. Dadurch ist also die Absicht des Gesetzgebers vereitelt worden und Redner stellt den Antrag, daß die Angelegenheit bei der vom Finanzminister in Aussicht gestellten Enquete über die Selbstverwaltungsfinanzen von den Vertretern des Landes Böhmen zur Sprache gebracht werde. Der Antrag wurde angenommen.

Amerika lehnt Anerkennung der mandtschurischen Regierung ab.

Washington, 16. März. Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, daß weder Amerika die mandtschurische Regierung anerkennen werde, noch daß es angesichts des Art. 2, des Völkerrechts für irgend eine Signaturmacht zulässig erscheine, diese Regierung als legitime Vertretung der mandtschurischen Provinzen Chinas anzuerkennen.

Ein junger Magen



braucht fettreiche, aber leicht verdauliche Kost.

Deshalb nimm lieber

100% reines Pflanzenfett



NUR ECHT MIT NAMENSZUG

Unerhörter Aufschwung des englischen Arbeiterblattes.

London, 16. März. Heute, am zweiten Jahrestag des Bestandes des „Daily Herald“ in seiner vergrößerten Form wurde festgestellt, daß die durchschnittliche Tagesausgabe des Arbeiterblattes auf anderthalb Millionen Exemplare gestiegen ist, während sie vor zwei Jahren bloß eine Viertelmillion betrug.

Die Zeit spielt keine Rolle...

Hitler hat es plötzlich nicht so eilig!

Berlin, 16. März. Zum ersten Male nach der Präsidentschaftswahl sprach gestern in einer Versammlung in Weimar Adolf Hitler. Die Nationalsozialisten hätten sich, wie er ausführte, nur insofern vor der Präsidentschaftswahl getäußt, als sie nicht erwarteten, daß die Sozialdemokraten aus Furcht vor dem Nationalsozialismus bis zum letzten Mann für Hindenburg eintreten würden. Wörtlich erklärte er dann: „Ich habe mich in einem Gegner verhasst (!), von dem ich nicht loskomme, man müßte mich denn töten. So lange ich lebe, gibt es keine Unterwerfung. Die Frage der Zeit spielt dabei keine Rolle. Aus unzähligen Kämpfen wächst ein hartes Geschlecht heran, von dem einst das Schicksal sagen wird: Nun bist Du reif, nun gebe ich Dir den Feind in die Hand, ihn zu richten!“

Vierter ordentlicher Gewerkschaftstongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschchoslowakei.

Im Auftrage der Vorstandskonferenz hat die Zentralgewerkschaftskommission den IV. ordentlichen Gewerkschaftstongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschchoslowakei für die Zeit vom 28. Mai bis einschließlich 1. Juni 1932 in die Räume des „Volkshauses“ in Ruffig a. Elbe einberufen.

Vorläufige Tagesordnung:

- 1. Eröffnung und Konstituierung.
- 2. Berichte der Zentralgewerkschaftskommission und der Kontrolle: a) Allgemeiner Bericht, b) Kassabericht, c) Bildungsarbeit, d) Redaktion „Gewerkschaftliche Rundschau“, e) Kontrolle.
- 3. Die Wirtschaftskrise und die Forderungen der Gewerkschaften.
- 4. Fragen der Sozialpolitik: a) Arbeitslosenfürsorge, b) Sozialversicherung — die Anschläge auf die Krankenversicherung, c) Arbeiter- und Angestelltenrecht.
- 5. Organisationsfragen.
- 6. Wahlen.
- 7. Angelegenheiten und Anträge, welche bei den früheren Punkten nicht mit erledigt werden konnten.

Die Mitteilungen über Zusammenfassung, Delegation und Einbringung von Anträgen sind den zuständigen Organisationen auf schriftlichem Wege zugegangen.

Die Zentralgewerkschaftskommission ersucht hiermit die zuständigen Organisationen, ihre Vorbereitungen für den Kongreß zu treffen.

Rit Gewerkschaftstongreß für die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschchoslowakei: Franz Macoun, Sekretär, Anton Roscher, Vorsitzender.

